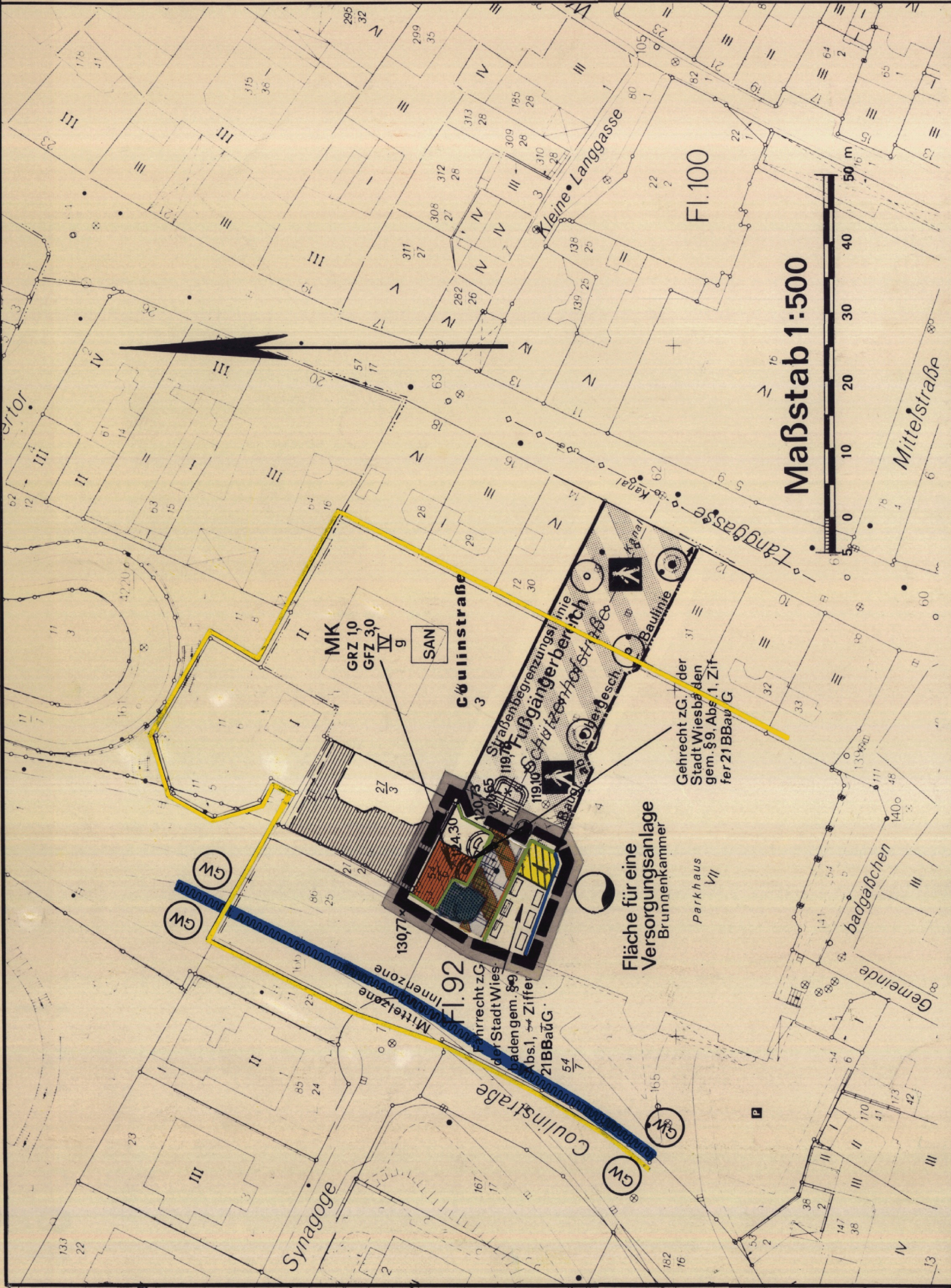




Bebauungsplan-Textteil

- A. Hinweise:
- Auf die Einhaltung des Merkblattes zum Schutz von Bäumen vom 27.10.1978 gemäß "Ortssatzung zum Schutz des Baumbestandes" vom 26.07.1978 (Baumschutzsatzung), wird besonders hingewiesen.
 - Heilquellenschutzgebiet
Das Planungsgebiet liegt in vollem Umfang in der Zone I und II des Heilquellenschutzgebietes der Landeshauptstadt Wiesbaden. Für die Bauarbeiten im Heilquellenschutzgebiet sind besonders zu beachten:
1) Die "Richtlinien für Heilquellenschutzgebiete" vom Februar 1978, herausgegeben von der Landes- arbeitsgemeinschaft Wasser.
2) Die "Verordnung über Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe und die Zulassung von Fachbetrieben (Anlagenverordnung - VAWs)" vom 23. März 1982 (GVBl I Nr. 5, S. 74)
3) Die "Richtlinien für baulandwirtschaftliche Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten", herausgegeben von der Forschungsgesellschaft für das Straßewesen e. V. Köln, (Rt St Mag, Ausgabe 1982) soweit sie sinngemäß und anwendbar sind.
 - Meldung von Bodendenkmälern
Bei Erdarbeiten zutage kommende Bodendenkmäler sind nach § 20 Denkmalschutzgesetz unverzüglich dem Landes- nat für Denkmalpflege Hessen, Schloß Biebrich, 6200 Wiesbaden zu melden.
 - Fassadenanpassung
Die Fassaden von Neubauten, Ersatz- oder Umbauten haben sich der Umgebung bestehender Fassaden in Bezug auf Maßstablichkeit und Farbgebung anzupassen.

ZEICHENERKLÄRUNG

NACH DER PLANZEICHENVERORDNUNG VOM 30. JULI 1981
(BGBl. Teil I S. 833)

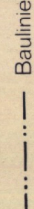
1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BBauG u. § 8 Abs. 1 BauNVO)



2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BBauG u. § 8 Abs. 1 BauNVO)

- GRZ 1,0 Grundflächenzahl z. B. GRZ 0,3
GFZ 3,0 Geschossflächenzahl z. B. GFZ 0,6
IV Zahl der Vollgeschosse
Höchstgrenze z. B. II
3. BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BBauG § 8 Abs. 2 und 3 BauNVO)

- 9 Geschlossene Bauweise
Baugrenze



4. VERKEHRSLINIEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BBauG)



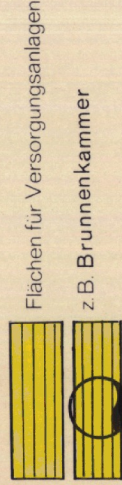
Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie



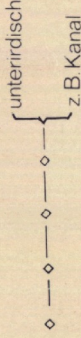
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
z. B. Orient.-Parkfläche

5. FLÄCHEN FÜR VERSORGSANLAGEN, FÜR DIE VERWERTUNG ODER BESEITIGUNG VON ABWASSER UND FESTEN ABFALLSTOFFEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BBauG)



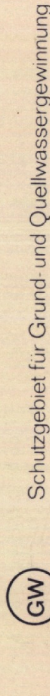
Flächen für Versorgungsanlagen
z. B. Brunnenkammer

6. HAUPTVERSORGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BBauG)



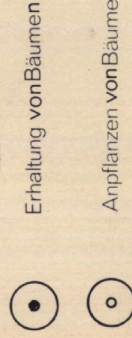
unterirdisch
z. B. Kanal

7. WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT, DEN HOCHWASSERSCHUTZ UND DIE REGELUNG DES WASSERABFLUSSES
(§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BBauG)



Schutzgebiet für Grund- und Quellwassergewinnung

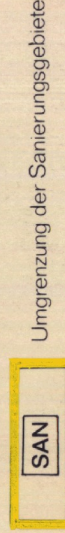
8. PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN UND MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG DER LANDSCHAFT
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BBauG)



Erhaltung von Bäumen

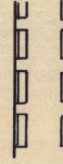
Anpflanzen von Bäumen

9. REGELUNGEN FÜR DIE STADTERHALTUNG, FÜR DEN DENKMALSCHUTZ UND FÜR STADTBAULICHE SANIERUNGSMASSNAHMEN
(§ 9 Abs. 6 § 39 ff. Abs. 1 BBauG § 10 Abs. 1 und 2 StBAuG)



Umgrenzung der Sanierungsgebiete

10. SONSTIGE PLANZEICHEN



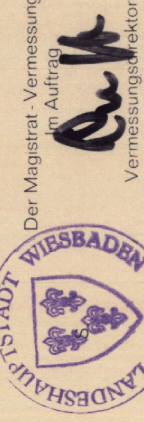
Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht
zu belastende Flächen

LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN
BEBAUUNGSPLAN

„Parkhaus Coulinstraße“ -
2. Änderung in Wiesbaden

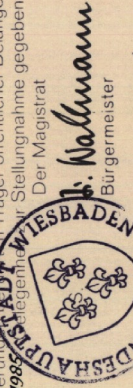
Dieser Plan ist eine Begrunder, beigefügt.
Dieser Plan enthält Festsetzungen nach § 9 des Bundesbaugesetzes vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256, 3677) zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949 ff.), der Bauordnungsverordnung (BauNVO) und der Hess. Bauordnung vom 31. August 1976 (HBO).

Planungsunterlagen hergestellt nach dem unter Zugrundelegung der Flurkarte entstandenen städtischen Kartenwerk durch das Vermessungsamt Wiesbaden (Vermessungsstellenstelle nach § 8 Nr. 3 Katastergesetz)
Wiesbaden den 27. Mai 1987



Der Magistrat - Vermessungsamt
Im Auftrag
Vermessungsdirektor

Die Änderung des Bebauungsplanes nach § 13 BBauG wurde durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 07. 1985 Nr. 223 eingeleitet.
Den Grundstückeigentümern der von Änderungen betroffenen und benachteiligten Grundstückseigentümer sowie den von den Änderungen betroffenen öffentlichen Belangen wurde gemäß § 13 BBauG Gelegenheit gegeben, ihre Äußerungen zu äußern.
Der Magistrat
Wiesbaden den 14. Mai 1987



Der Bürgermeister
Wiesbaden

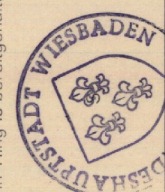
Dieser Bebauungsplan wurde gemäß § 13 BBauG in Verbindung mit § 5 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) i. d. F. vom 1. Januar 1960 (GVBl. 1960 S. 103) durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 07. 1985 Nr. 223 als Satzung beschlossen.
Wiesbaden den 17. 1987



Der Bürgermeister
Wiesbaden

Die von der Stadtverordnetenversammlung am 07. 1987 als Satzung beschlossene vereinfachte Änderung (§ 13 BBauG) wurde am 08. 1988 ortsbüchlich bekannt gemacht.

Mit Wirksamwerden dieser Bekanntmachung ist die Änderung des Bebauungsplanes am 08. 1988 rechtsverbindlich geworden. Vom Tage der Bekanntmachung an wird der Bebauungsplan mit Begründung zu jedermanns Einsicht im Verwaltungsgebäude Wiesbaden Gustav-Striesemann-Ring 15 bereitgehalten und über seinen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben.
Wiesbaden den 10. 1988



Der Magistrat - Vermessungsamt
Im Auftrag
Vermessungsdirektor

Die Festsetzungen des Bebauungsplanes werden bis auf die textlichen Festsetzungen bzw. Hinweise im Geltungsbereich dieser Änderung aufgehoben. Die textlichen Festsetzungen bzw. Hinweise des Bebauungsplanes sind Bestandteil dieses Bebauungsplanes.